Abonnementspreis
in Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,20 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 206. Bielefeld, Donnerstag, 3. September 1896. 7. Jahrgang.

Christlich-konservative Heuchelei.

D. R. Der „Moniteur Officiel" des bekannten Riesenstaates Schaumburg-Lippe, die „Sch. L. Landes-Zeitung", deren Redakteur, einen „verbummelten Studenten und verkrachten Akademiker" (um seine eigenen Worte zu gebrauchen) wir erst jüngst bei einer niedlichen Heuchelei ertappten, und festnagelten, druckt mit anscheinend großem Behagen einen Waschzettel aus der Eselsbrücke für denk- und schreibfaule christlich-teutsch-konservative Tintenkulis, der „Konservativen Korrespondenz" ab. Das Machwerk trägt den großspurigen Titel „Zur Reform des Militärstrafprozesses" und ist — man verzeihe den Ausdruck, aber ein milderer wäre strafwürdige Schmeichelei — eine elende Sudelei, wie sie auch eben nur in der „Konservativen Korrespondenz" stehen kann, die nach dem Urteile des oben genannten Redakteurs selbst die bescheidenen Ansprüche der junkerlichen Preßkosacken in bezug auf politische Belehrung nicht erfüllt. Es würde sich auch gar nicht verlohnen, das Gefasel eines Wortes zu würdigen: wenn nicht die Heuchelei, die in ihm zutage tritt, an den Pranger gestellt werden müßte.

Der benannte Artikel beginnt gleich mit einer dicken Lüge. „Die konservative Partei ist einer Aenderung des jetzigen Zustandes auf dem Gebiete des Militärstrafprozesses, der wohl unzweifelhaft einige Mängel aufweist, keineswegs abgeneigt." So? Warum arbeiten dann die Junker mit allen — wie gewöhnlich durchaus nicht wählerischen — Mitteln gegen die Oeffentlichkeit des Militärstrafprozesses?

Nun, die „Kons. Korresp." bemüht sich, die Gründe dafür anzugeben.

„Die eiserne Disziplin . . . ist der Demokratie ein Dorn im Auge." Das muß ja eine besondere und anerkennenswürdige Art von Disziplin sein, die durch die Oeffentlichkeit leidet. Aber allerdings, wenn man unter der Disziplin den Cadavergehorsam versteht, der ja freilich wohl des Junkerblattes Ideal sein mag, dann . . . mag das letztere Recht haben. Einer solchen Disziplin dürfte die Oeffentlichkeit in der That schaden, und eine solche Disziplin ist wirklich der „Demokratie" — oder doch der Sozialdemokratie — „ein Dorn im Auge". Ob aber die „Kons. Korresp." durch die zarte Besorgnis um solche „eiserne", durch die Oeffentlichkeit gefährdete „Disziplin", unserem herrlichen Kriegsheere ein besonderes Ruhmeszeugnis ausstellt, darüber zu urteilen sind wir leider nicht kompetent. Wir fürchten sogar, hätten wir diesen Satz geschrieben, so hätte uns nach dem bekannten Schönstedtschen Grundsatze: „Thun zwei usw.", ein strebsamer Staatsanwalt à la Drescher-Berlin oder Zähle-Hannover zu fassen versucht. Und da wir nicht das Glück haben, betrügerische Börsenjobber und Duellmörder zu sein, so wären uns die Ketten und sonstigen Torturen schwerlich entgangen, die man unter Schönstedts Protektorate wider politische Gefangene neuerdings in Anwendung bringt.

Aber das liebe Junkerblatt muß furchtbar schlecht von der Armee denken. Es schreibt weiter:

„Bei der Feindseligkeit des Linksliberalen und Sozialdemokraten gegen alles, was Armee heißt, würde man die Oeffentlichkeit des Verfahrens nur zu Polemik gegen das Heer und seine Einrichtungen benutzen." Aufs neue ergreift uns Zittern bei dem Gedanken, daß wir eine also schlechte Meinung vom Heere und „seinen Einrichtungen" geäußert hätten. Bisher glaubten wir, die Konservativen glaubten, daß diese „Einrichtungen" derartig vorzügliche seien, daß sie wahrhaftig nicht das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen brauchten. Und nun diese Enttäuschung! Wird St. Militarismus von seinen getreusten Freunden und schwärmerischsten Bewunderern in Stich gelassen?

Doch nein; wir haben uns geirrt und wollen demütigst unseren Irrtum eingestehen. Mit dem „Brustton der Ueberzeugung" verkündet der Junkerherold: „Die Militärgerichte sind keine Vehmgerichte, sie urteilen durchaus nach Recht und Gewissen und haben nichts zu verbergen". Wenn dem also ist — und der Staatsanwalt wird den nicht unbestraft lassen, der daran zweifelt — warum wehrt sich denn die „Kons. Corresp." mit Händen und Füßen wider die Oeffentlichkeit?

Ferner beweist die „Kons. Corresp." ihr militärfrommes Herz, indem sie schwafelt von den „vielen unrichtigen Nachrichten, die namentlich in der dem „Militarismus" feindlichen Presse über „Soldatenmißhandlungen" u. s. w. verbreitet werden." Also die „Nachrichten" über Soldatenmißhandlungen sind „unrichtig"? Hm, hm, wir wollen uns über dieses heikle Thema nicht näher verbreiten, da es der Gesundheit, dem Wohlbefinden und der Beförderung vorteilhafter ist, mir nichts, dir nichts einen Anderen niederzuknallen, denn am heiligen Heere die berechtigste, die zahmste Kritik zu üben — wenigstens, wenn Sozialdemokraten die Kritiker sind. Aber das dürfen wir uns vielleicht gestatten, in aller Bescheidenheit an einen gewissen Erlaß eines gewissen der Sozialdemokratie ziemlich fernstehenden Mannes, des Prinzen Georg von Sachsen, zu erinnern.

Als Hauptgründe gegen die Oeffentlichkeit des Militärstrafprozesses führt schließlich die „Kons. Corresp." ins Feld:

1. „Es wäre unzweifelhaft in hohem Grade bedenklich, wenn man auch die Militärgerichte der Kontrolle durch die Presse überliefern wollte, nachdem sich im gewöhnlichen Strafprozeßverfahren sehr üble Mißstände, welche durch die Oeffentlichkeit herbeigeführt werden, bemerkbar gemacht haben." Als einen solchen Mißstand führt der junkerliche Soldschreiber an: „Die durch die Oeffentlichkeit des Verfahrens ermöglichte Belehrung und weitere Ausbildung jugendlicher Verbrechernaturen" u. s. w. Nun, wir glaubens gern, daß den Junkern die Oeffentlichkeit des bürgerlichen Strafprozesses „ein Dorn im Auge ist". Ja, ja, wenn es doch so ein schönes, geheimes Gerichtsverfahren gäbe, vielleicht noch mit sorgfältiger Auswahl der Richter, die dann ihre passendste Aus- und Vorbildung in den „feudalen" Säufer- und Rauferrotten, den Corps, finden würden! Ja, ja, solche Gerichte würden dann so schön zu gebrauchen sein, um hochgeborne Spitzbuben, Mordgesellen und Sittlichkeitsverbrecher freizusprechen, und mißliebige Politiker in Kerker zu werfen, für welche alsdann vielleicht Herr Schönstedt ein Reglement ausarbeiten lassen würde. Ja, ja, dann wäre die „schneidige Rechtspflege" hergestellt, der ja die verlangenden Seufzer so mancher Angehörigen der „oberen" Klassen gelten. . . . .

2. „Hätten wir in Deutschland bessere Zustände in unserem Preßwesen, so würde sich wohl über die Oeffentlichkeit des Militärstrafprozesses reden lassen; . . . . . Allein die sozialdemokratischen und die ihnen nahestehenden freisinnig-demokratischen Blätter, zum Teil auch noch einzelne Organe des reinen Antisemitismus und der Göhre-Naumannschen Christlich-Sozialen verfahren dem Herrwesen gegenüber durchaus illoyal. Sie greifen . . . einzelne Punkte aus dem Zusammenhange heraus, geben ein falsches, verzerrtes Bild, nur um die Autorität im Heere zu schädigen und die Disziplin zu lockern." Sehr gut ist der Angstschrei der gequälten konservativen Seele nach „besseren Zuständen in unserem Preßwesen". Sollten diese Zustände nicht vielleicht gebessert werden, indem man die Leuß und die Hammerstein aus dem Zuchthause entläßt und sie an die Spitze einer neu zu gründenden Akademie für strebsame, christlich teutsche Tintenkulis stellt? Wir unterbreiten diesen Vorschlag in aller Bescheidenheit der „Kons. Korresp.".

Eine Prachtleistung in ihrer Art ist aber der zweite Teil des eben zitierten Absatzes. Auf den Raum weniger Zeilen drängt der geschickte Verfasser, ein wahrer Zauberkünstler Bellachini, zusammen: 1. ein altes Liedlein wider die Sozialdemokratie, das freilich schon als abgedroschen zu bezeichnen ist, 2. eine Denunziation der angeblich der Sozialdemokratie „nahestehenden" Freisinnigen, eine Denunziation, die hoch genoben zielt, 3. einen Wutausbruch wider diejenigen Antisemiten, die den Junkern nicht mehr hold und zu Willen sind, 4. einen giftigen Pfeil gegen die Naumann und die Göhre, denen die Sklavenhalter noch immer nicht ihren Abfall verzeihen können. Alle Achtung vor dieser Leistung! Nebenbei bemerkt: erbarmt sich denn nicht endlich ein hohes Konsistorium der armen Krautjunker und befreit sie von dem bösen „Hetzer" Naumann, wie ein anderes Konsistorium sich des Schloßjunkers Stumm gekränkter Unschuld gegen den grausen Ketzer Kötzschke angenommen hat? Nun, vielleicht sind die obigen Zeilen der „Kons. Korresp." nebenbei noch bestimmt, auch diesem edlen Zwecke zu dienen . . . unsere Achtung vor der Zauberleistung steigt ins Maßlose.

Doch wozu das ganze mark- und knochenlose Geträtsche der „Kons. Korresp."? Warum sagt sie nicht kurz und klar, brutal aber bündig: wir Junker wollen die Oeffentlichkeit im Militärstrafverfahren nicht, weil es uns schon unangenehm genug ist, daß die „Kerle" solche im Zivilverfahren genießen?

Warum die Junker diese offene und vor allem diese

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto-Walster.

41 [Nachdruck verboten.]

„Ach, das bringe ich nicht zu stande, dazu bin ich viel zu einfältig."

„Das habe ich mir auch gesagt; aber hören Sie: weil Sie mich einmal zu Ihrem Vertrauten gemacht, will ich es nicht beim guten Rate bewenden lassen, sondern mit Hand ans Werk legen. Schaffen Sie zunächst eine entsprechende feine Garderobe, vor allen Dingen einige Dutzend Glacéhandschuhe, von denen Sie bei Siegel und Hey das Dutzend zu sechs Mark bekommen, weil da das Leder in der Farbe verbrannt und leicht zu zerzupfen ist. Sie glauben nicht, wie das den Leuten imponiert, wenn man anscheinend schöne Glacéhandschuhe nachlässig zerzupft und sich gleichgültig ein neues Paar herbeilangt. Alles übrige will ich zu Ihrer Beruhigung selbst besorgen und mit Ihnen in Compagnie gehen, bis ich mein Kapital wieder herausgezogen habe. Wenn ich soviel Zutrauen hege, können Sie denken, für wie sicher ich das Geschäft halte. Also wollen Sie?"

„Ich vertraue Ihrer Einsicht mein ganzes bißchen noch übriges Lebensglück, denn daß Sie gescheidt sind, wie kaum ein anderer, das habe ich als meine Ueberzeugung Herrn Frohner längst gesagt, und wenn Sie auch in gewisser Beziehung ein böser Mensch sind, so sind Sie es doch nicht gegen arme und bedrängte Menschen."

„Nicht? Nun, es ist gut, wenn sie wenigstens dieses Zutrauen zu mir haben. Aber ich höre die Tritte des Herrn Frohner, da müssen Sie mich für heute abend entschuldigen."

„Ach ja, Sie müssen noch den armen Flüchtling in Sicherheit bringen. Sie sind wirklich ein guter Mensch, Herr Schnürer."

„Was wissen Sie davon, Sie wissen gar nichts, Fräulein Isidora, hören Sie? Gar nichts wissen Sie, haben auch nie etwas gehört noch gesehen!"

„Ich weiß schon, hu, man möchte sich bald fürchten. Denken Sie, ich kann nicht schweigen? Hu, hu, Wehrwolf."

„Kommen Sie endlich, Sie langatmiger Bummler", war die Anrede, mit welcher Schnürer seinen Nachbarn beim Eintreten empfing.

„Nun ja, da bin ich, und ich habe meine Zeit wahrhaftig nicht verloren. Ein Geld hab' ich verdient, daß es eine wahre Schande ist. Hier liegen dreitausend Mark, das Reisegeld wird wohl ausreichen?"

„Für was?"

„Nun, für unseren Flüchtling?"

„Ja, da reicht's, zumal er nun gar nicht reist."

„Was Sie da sagen, wozu habe ich das Geld dann hergeschleppt?"

„Ja, was weiß ich."

„Aber warum reist er nicht, wenn ich fragen darf?"

„Weil die Papiere wieder da sind."

„Ja, nun dann. Was fang' ich dann mit dem Gelde an?"

„Das wird sich finden. Es ist die Frage stets viel leichter zu lösen, wo thu' ich das Geld hin? als: wo nehme ich es her? Aber ich glaube, es ist jetzt die passende Zeit, daß wir unserem Schützling die frische Luft wieder geben. Die Frau Müllern muß jetzt Wasser tragen, und Herr Schnober spioniert nicht mehr, weil er in den Folgen seiner Spekulationen versunken ist. Also besteht unsere leichte Aufgabe nur darin, daß wir unsern Flüchtling an die frische Luft spedieren."

„So, nun dann vorwärts Marsch! Nehmen wir denn Licht mit?"

„Ja, ich habe eine Blendlaterne, die will ich gleich in Brand stecken."

Der Schreiber suchte in der That jenes unentbehrliche Hülfsmittel der Diebe und Polizeier herbei, und nachdem er sie sorgfältig in Ordnung gebracht, gürtete er sie mittelst eines Gürtels um seine Lenden. Die Verschworenen zogen ihre Stiefel aus und Filzschuhe an die Füße, und nun ging es mit unhörbaren Tritten die vier Stiegen abwärts, der Schreiber immer behutsam vorneweg, der Maler hinterdrein, das Ohr des ersteren war vorwärts, das des andern nach rückwärts gespannt. Unten bei der ersten Etage mußte Halt gemacht und den Bewegungen der Frau Müllern vollste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Frau Müllern kehrte endlich von der Straße zurück und begab sich nach der Küche des Hauswirts; nach einiger Zeit verließ sie abermals mit ihren Wassereimern das Haus.

„Jetzt ist's Zeit; jetzt bleiben Sie oben bei der Kellerthür und wachen, während ich hinabgehe. Ich werde wohl das Schloß der Kellerthür im Finstern finden. Ach, die Thür ist offen, also geschwind ins Dunkle und die Kellerthür von innen angelehnt. Herr Frohner, seien Sie auf der Wacht, in fünf Minuten ist alles, alles vollbracht. Kaltblütigkeit, Ruhe und Besonnenheit!"

Langsam und bedächtig schritt der Schreiber, ohne daß der Maler in der Totenstille auch nur am kleinsten Geräusch die Bewegungen seines Gefährten erkennen konnte, die feuchten Kellerstufen hinab. Als er endlich angekommen auf dem sandigen Erdboden, wandte er sich links und schlich längs der feuchten Mauer hin. In der Gegend angekommen, wo er vermutete, daß es die Abteilungsthür sei, griff er nach seiner Laterne, um einige Lichtstrahlen herauszulassen. Und doch zögerte er, denn ihm kam es trotz der pechschwarzen Finsternis vor, als wenn jemand vor ihm stände. Es war gar nicht möglich, daß er so etwas sah, denn die Dunkelheit war zu dicht, und dennoch formte seine Phantasie ihm eine menschliche Gestalt entgegen.

„Der Mensch bleibt doch ein Kind bis in sein spätestes Alter", dachte er und tastete nach dem Schlosse der Abteilung. Er konnte es nicht finden und überlegte, ob er auch richtig gegangen und auch richtig abgemessen. Nein, da ein Stückchen weiterhin mußte das Schloß sein. Wenn er nur nicht die Laterne öffnen müßte. Jetzt kam es ihm vor, als verhielte jemand mühsam den Atem. Aber es war Phantasie, nichts als Einbildung. Hier muß das Schloß ja sein, ja wohl da . . . ."

„Ha, ha, Erbarmen, Erbarmen, Hülfe, Mörder, Gott mein Gott, ich bin des Todes", schrie es mit Mark und Bein durchdringendem Schrei.

Der Schreiber war auf eine eiskalte Hand mit seiner fieberglühenden Hand getroffen.

(Fortsetzung folgt.)

wahrheitsgetreue Erklärung in ihrem Blatte nicht geben lassen? Warum?

Die Antwort auf diese Frage ist schon vor mehr denn zwanzig Jahren erteilt worden.

Friedrich Albert Lange spricht irgendwo von der „pfälzischen Querkeiberei", mit welcher statt mit der brutalen Offenheit, die sie zur Zeit ihrer Blüte beliebten, herrschende Klassen den beherrschten entgegentreten — wenn sie im Niedergange begriffen sind.

Legen wir deshalb den sonst so nichtsnutzigen Artikel der „Konservativen Korrespondenz" als einen neuen Beweis zu den vielen, die wir von Tag zu Tag von dem rettungslosen, unaufhaltsamen Niedergange des Krautjunkertums erhalten.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 3. September.

— **Mit der Umwandelung der 4prozentigen Reichs- und Staatsanleihen** soll nun wirklich Ernst gemacht werden. Der baierische Finanzminister, der die Ermächtigung des baierischen Landtages zur Konvertierung der Anleihen schon besitzt, hat mit dem Reichsschatzsekretär und dem preußischen Finanzminister über ein gleichartiges Vorgehen verhandelt. Entsprechende Vorlagen sind, wie der „Rhein.-Westf. Zeitung" aus Berlin geschrieben wird, für den Reichstag, für den preußischen Landtag und andere Einzellandtage demnächst mit Bestimmtheit zu erwarten. Wie große Interessen bei dieser Umwandlung auf dem Spiele stehen, beweist die Thatsache, daß Preußen allein noch über 4 Milliarden, Baiern reichlich 1 Milliarde und das Reich 450 Millionen 4prozentige Staatspapiere besitzen, während die 3prozentigen Anleihen der deutschen Staaten seit Jahr und Tag den Pari-Cours erreicht haben.

Mit der Umwandlung der hochprozentigen in niedriger zu verzinsende Staatspapiere sind wir einverstanden; wir wollen nur wünschen, daß die erhebliche Zinsenersparnis nicht in Kriegsschiffen und ähnlichem angelegt werde.

— **Gegen den feudalen preußischen Militarismus,** welcher dank der Feigheit des preußisch-deutschen Bürgertums sich aus dem Feldwebel-Zeitalter Friedrich Wilhelms I. und des alten Fritzen bis ans Ende des 19. Jahrhunderts hat erhalten können, scheint die baierische Regierung bei Gelegenheit der Reform der Militärstrafprozeßordnung sich ernstlich ins Zeug zu legen. Die „Münch. Neuest. Nachr.", ein offiziöses Organ, schreiben:

„In der konservativen Presse Preußens wird schon jetzt, noch bevor auch nur die Grundzüge des Entwurfs einer deutschen Militärstrafprozeßordnung, wie solche dem Bundesrat vorgelegt werden soll, bekannt sind, dagegen Einspruch erhoben, daß man an dem Bestätigungsrecht des obersten Kriegsherrn in Ansehung der militärgerichtlichen Urteile rüttle, es wird in jedem Versuch, dieses Recht zu beseitigen, eine Verminderung der Kommandogewalt erblickt, die verfassungsmäßig dem obersten Kriegsherrn ohne Beschränkung zustehe und deren Ausübung weder an die Mitwirkung der verantwortlichen Minister noch an die sonstiger Faktoren geknüpft sei. Das Bestreben, welches diesen Auseinandersetzungen zu Grunde liegt, ist klar; es soll die Reformierung des preußischen Militärstrafprozesses im Sinne des modernen Rechts verhindert werden und zu diesem Behufe gefällt man sich in der altbeliebten Rolle des Schützers der Kronrechte, die angeblich durch die Forderungen des Liberalismus bedroht sein sollen.

Die ganze im Brustton sittlicher Entrüstung vorgetragene Auseinandersetzung ist vollständig grundlos und ungerechtfertigt, sie beruht auf einer Verkennung der Natur des Bestätigungsrechts. Mit der Kommandogewalt hat dieses Recht durchaus nichts gemein, weder historisch noch von dem Standpunkte des heutigen Rechts. Die Kommandogewalt besteht in Befugnissen, welche die richterliche Gewalt in keiner Weise berühren, und nur dadurch, daß die eine wie die andere in einer Person vereinigt sind, ist die falsche Beurteilung dieser Verhältnisse möglich. Das Recht, Urteile zu bestätigen, bestand in den Zeiten des absoluten Staates allgemein; solange der Monarch durch keinerlei Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen in der Ausübung seiner Befugnisse beschränkt war, bildete dieses Recht einen Ausfluß der Kabinettsjustiz, die sich auf alle Urteile und alle Rechtssachen erstreckte, ohne Unterschied, ob daran Zivil- oder Militärpersonen beteiligt waren. Auf dem Gebiete der Militärgerichtsbarkeit hat sich in dem weitaus größten Teile Deutschlands die Kabinettsjustiz noch erhalten, und es ist mit die wichtigste Forderung, daß hiermit aufgeräumt werde. Vollständig unbegreiflich ist es jedoch, wenn erklärt wird, daß hierdurch die Kommando-Gewalt und die Autorität des obersten Kriegsherrn beeinträchtigt würden; es genügt doch in dieser Hinsicht, auf Baiern zu verweisen, der König von Baiern hat nicht das Bestätigungsrecht, welches zur Zeit noch dem König von Preußen zusteht; will man vielleicht behaupten, daß um deswillen seine Kommandogewalt in der baierischen Armee einen minderen Inhalt habe, wie die des Königs von Preußen unter den preußischen Truppen, oder will man vielleicht die Ansicht aufstellen, daß die Autorität des Königs von Baiern unter den baierischen Truppen mit Rücksicht hierauf nicht so groß sei, wie die des Königs von Preußen unter den preußischen? Man braucht diese Ungereimtheiten nur zu formulieren, um ohne Weiteres einzusehen, daß es sich hierbei um Ansichten handelt, die sich selbst richten. Man würde der Armee ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn man von der Annahme ausgehen wollte, daß sie die Autorität des obersten Kriegsherrn nach dem Umfange der diesem zustehenden Befugnisse bemißt. In den Söldnerheeren des Mittelalters mag dies vielleicht der Fall gewesen sein, in den modernen Heeren, diesen organisierten Völkern in Waffen, sind andere Momente und andere Faktoren maßgebend und diejenigen verkennen wahrlich die Psychologie der Heere vollständig, welche glauben, daß die Furcht vor der Strafe die Wurzel der Autorität sei.

Die Beseitigung des kriegsherrlichen Bestätigungsrechts läßt die Autorität des obersten Kriegsherrn durchaus ungemindert, und wir meinen, daß es tadelnswert ist, das Gegenteil auch nur zu behaupten. Hat man keine besseren Argumente gegen die Reformierung des preußischen Militärprozesses, so muß es um den gegnerischen Standpunkt wahrlich schlecht bestellt sein. Das Bestätigungsrecht ist ein Ausfluß und ein Ueberbleibsel der Kabinetts-Justiz, es ist darum auch grundsätzlich durchaus verschieden von dem Begnadigungsrechte, das dem Monarchen zusteht. Selbstverständlich erleidet dieses Recht durch die Beseitigung jenes keine Verminderung oder Abschwächung. Vielleicht wird es möglich sein, unter analoger Anwendung und Erweiterung einer Vorschrift, welche die deutsche Strafprozeßordnung bezüglich der auf Todesstrafe lautenden Urteile kennt, in das künftige Reichsgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach der Vollzug gewisser Urteile der Militärgerichte erst dann erfolgen soll, wenn der Inhaber des Begnadigungsrechts erklärt hat, daß er von dem ihm zustehenden Rechte keinen Gebrauch machen wolle; als Urteile, bezüglich deren diese Einrichtung unter Umständen eingeführt werden könnte, wären etwa diejenigen zu nennen, durch die der Angeklagte zur Zuchthausstrafe und Ausstoßung aus der Armee verurteilt würde, bei Offizieren etwa jene, die auf Entlassung ohne Pensionsanspruch erkennen. Ein Recht der Bestätigung, das ein Recht der Kassierung eines gefällten Urteils und der Anordnung eines neuen Verfahrens unter Bestellung eines anderweitigen Gerichts zum Inhalte hat, würde dadurch nicht eingeführt, es wäre damit dem obersten Kriegsherrn nur die Möglichkeit geboten, den Vollzug der schwersten Strafen erst dann eintreten zu lassen, wenn ihm der Sachverhalt samt den erwachsenen Akten vorher unterbreitet worden ist. Ein eigentliches Bestätigungsrecht hat aber in dem modernen Recht keinen Boden, und wenn der dem Bundesrate in diesem Herbst zugehende Entwurf in der That mit dem modernen Recht in Einklang stehen will, so wird er unbedingt diesen Rest der Kabinettsjustiz für das ganze Reichsgebiet beseitigen müssen."

Hoffentlich wird Niemand die baierische Regierung in Verdacht revolutionärer Umtriebe haben und wir trauen ihr sogar nicht einmal liberale Anwandlungen zu. Wenn sie trotzdem jenes Ueberbleibsel aus der Feudalzeit bekämpfen hilft, so soll uns dies wieder einmal ein Zeichen sein, daß der Strom der Entwicklung mächtiger ist als die gegen ihn aufgeführten reaktionären Dämme. Also frisch vorwärts mit doppeltem Eifer an unsere bahnbrechende Arbeit, auf daß der Strom um so leichter und schneller durch die Breschen in die letzten Zufluchtslöcher der Reaktion eindringen kann.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Septbr. Die Bäckermeister versuchen es auf immer neue Art, von dem verhaßten Maximalarbeitstag in ihren Betrieben loszukommen. Glücklicherweise stoßen sie damit aber bei den Aufsichtsbehörden auf Widerstand. Der neueste Versuch ist der einer „freien Vereinbarung" mit den Gesellen dahingehend, daß die Gesellen „freiwillig" ihre Zustimmung gaben, die Arbeitszeit zu verlängern. Ein Berliner Bäckermeister hatte mit Gesellen vereinbart, die Arbeitszeit in seinem Betriebe dergestalt zu regeln, daß zwar nicht mehr als zwölf Stunden direkt gearbeitet, diese Zeit aber verteilt und mehrfach durch längere Pausen unterbrochen werden sollte. Auf ein diesbezügliches Gesuch an das Berliner Polizeipräsidium ist ihm jedoch ein ablehnender Bescheid zugegangen mit dem Bemerken, daß eine regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit unter keinen Umständen gestattet werden kann, wobei es gleichgiltig ist, ob die Gehilfen freiwillig hierauf eingehen und welcher Art ihre Beschäftigung in den Ueberstunden ist. Gegen diesen Bescheid soll Einspruch erhoben und der Rekurs durch alle Instanzen durchgeführt werden.

Die Entscheidung des Polizeipräsidiums steht im vollen Einklang mit den durch die Bundesratsverordnung verfolgten Absichten. Die Durchbrechung derselben durch sogenannte „freiwillige Vereinbarungen" würde die Verordnung einfach hinfällig machen. Die Herren Bäckermeister sollten ihr Bemühen, immer neue Hinterthüren zu finden, endlich aufgeben und versuchen, sich in vernünftiger Weise mit der Verordnung abzufinden. Wenn nur der gute Wille dazu vorhanden ist, wird es ohne Schwierigkeiten gehen.

— Koloniales. Aus Deutsch-Südwestafrika wird in den in den „Berl. Neuest. Nachr." mitgeteilt, daß nach Privatbriefen von dort allgemeine Unzufriedenheit gegen den Landeshauptmann Major Leutwein entstanden zu sein scheine. Sein juristischer Beistand Assessor v. Lindequist soll um Enthebung von seiner Stellung nachgesucht haben und sich zur Rückreise nach Deutschland vorbereiten. Der Vertreter der Siedlungsgesellschaft Karl Weiß soll ferner eine Klage gegen den Landeshauptmann anhängig gemacht haben. Auf welchen Ursachen diese Streitigkeiten beruhen, wird nicht angegeben. Außerdem soll unter den Offizieren der Schutztruppe eine weitverbreitete Mißstimmung gegen den Landeshauptmann vorhanden sein (allerdings schon seit längerer Zeit). Hinzugefügt wird, in diesen Kreisen mache man dem Landeshauptmann den Vorwurf, daß er durch seine Nachgiebigkeit wie durch seine stets erneuerten Verhandlungen trotz wiederholter Vertragsverletzungen seitens der Eingeborenen wesentlich zum Aufstande der Khauas Hottentotten wie besonders der Herero und Ovambaudjeru beigetragen habe. Major Leutwein hatte das Richtige getroffen mit der Begnadigung Hendrik Witbois, der sein Leben verwirkt zu haben glaubte. Bei den anderen Stämmen rief die Nachgiebigkeit aber Trotz und Widerstand hervor. Die Unzufriedenheit in der Schutztruppe soll sich in einer Weise kundgegeben haben, daß ein Disziplinarverfahren gegen einzelne Offiziere in Aussicht steht. Assessor v. Lindequist habe sich um die Kolonie wirtschaftlich verdient gemacht. Daneben habe es freilich auch an einseitigen bureaukratischen Schärfen nicht gefehlt. Schließlich erwähnt das Blatt noch das Gerücht, Major Leutwein werde binnen kurzem einen Urlaub nachsuchen und nicht auf seinen Posten zurückkehren. Schon im Frühjahr habe er einen Urlaub erbeten; der unerwartete Ausbruch des Aufstandes der Khauas-Hottentotten und der Herero habe die Ausführung dieser Absicht aber verhindert.

— Der Gemeindebeamten nimmt sich die konservative „Kreuzzeitung" an:

„Die große Mehrzahl der Beamten der mittleren und kleineren Städte ist dürftig, zum Teil jämmerlich, jedenfalls schlechter besoldet als die Staatsbeamten gleicher Kategorie. Das ergiebt sich aus den Zahlen, die im vorigen Berichte der Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses angegeben worden sind. Es wirft sich nun die Frage auf, ob ein Eingreifen des Staates in die Gehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten gerechtfertigt, ob es also mit der den Städten grundsätzlich überlassenen Selbstverwaltung in Einklang gebracht werden kann. Würden die Verwaltungen der Städte sich ausschließlich mit rein städtischen Angelegenheiten zu beschäftigen haben, so würde man nicht leicht zur Bejahung dieser Frage kommen. Jene Voraussetzung trifft jedoch nicht mehr zu. Seit geraumer Zeit zeigt unsere Gesetzgebung die Tendenz, den Städten nach und nach ein immer größeres Recht staatlicher Aufgaben zu überweisen, so daß gegenwärtig die städtischen Behörden und Beamten in vielen Punkten eine delegierte Staatsgewalt ausüben. Erst hierin findet das ausgedehnte Aufsichtsrecht des Staates seine volle Berechtigung. Das Eingreifen des Staates in die Gehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten kann demnach nicht grundsätzlich von der Hand gewiesen werden.

Einerseits wird jedes schablonenmäßige Eingreifen des Staates in die Verhältnisse der Gemeinden zu vermeiden sein; andererseits aber wird ihm die Möglichkeit vorbehalten bleiben müssen, die Gemeindebeamten gegen eine zu weit gehende Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu schützen. Das liegt nicht nur im Interesse der Gesamtheit, sondern auch in demjenigen der Gemeinden."

Sehr weise gesprochen. Wir haben gewiß nichts dagegen, daß die Gemeindebeamten dieses Schutzes, den wir ja stets für sie, wie für die Arbeiter überhaupt gefordert haben, teilhaftig werden. Merkwürdig nimmt sich nur der Appell des konservativen Blattes an denselben Staat aus, der die große Mehrzahl seiner Beamten nicht minder dürftig bezahlt und nicht minder ausbeutet, wie wir kürzlich erst in einem Leitartikel ausgeführt haben. Für Aufbesserung des Gehalts seiner kleineren und mittleren Beamten hat der preußische Staat kein Geld, der „notleidende" Beamte fängt für ihn beim Landrat an. Und nun soll er nach dem Wunsche der „Kreuzzeitung" sich der städtischen Beamten annehmen. Das ist ja freilich auch leichter und kostet dem Staate nichts.

— Ergebnisse der Rekruten-Prüfungen im Deutschen Reich. Von den 250 661 Rekruten, welche im Jahre 1895 96 in die Armee und Marine eingestellt wurden, hatten 249 373 Schulbildung in deutscher Sprache, 914 Schulbildung nur in fremder Sprache, und 374 waren ohne Schulbildung, d. h. solche, welche in keiner Sprache genügend lesen oder ihren Vor- und Familiennamen nicht leserlich schreiben konnten.

In Prozenten der Gesamtzahl aller Eingestellten betrugen diejenigen, welche weder lesen noch ihren Namen schreiben konnten

im Etatsjahre	1885/86	1,08	1889 90	0,51	1893/94	0,24
„ „	1886/87	0,72	1890 01	0,54	1894/95	0,25
„ „	1887/88	0,71	1891/92	0,45	1895/96	0,15
„ „	1888 89	0,60	1892/93	0,38		

Den Hauptanteil an den jeder Schulbildung entbehrenden Rekruten stellen die Gegenden, wo Junker und Pfaff die Herrschaft ausüben. Stellt man für die Bezirke, von welchen die meisten Mannschaften ohne Schulbildung gestellt wurden, das erste und das letzte der vorstehend genannten Jahre gegenüber, so kamen Analphabeten auf je 100 eingestellte Rekruten in den Regierungsbezirken

	1885/86	1895/96
Posen	8,02	1,22
Marienwerder .	8,84	0,81
Gumbinnen . .	6,70	0,77
Königsberg . .	4 47	0,72
Oppeln	2,76	0,57
Danzig	3,64	0,41
Bromberg . . .	6,72	0 33

Eine Besserung macht sich ja auch hier bemerklich. Die Zeit stellt eben unerbittlich ihre Anforderungen. Aber daß es im 25. Jahre deutscher Reichsherrlichkeit noch Hunderte junger Männer giebt, die erst nach der Reichsgründung geboren wurden und nicht einmal gelernt haben, ihren Namen zu schreiben, ist für unsere Kultur ein beschämendes Zeugnis.

— Rückschrittlichen Anforderungen an den Schulunterricht zu genügen, scheint der preußische Kultusminister Dr. Bosse immer geneigter zu werden. In den Präparandenanstalten heißt es, sollte die Lektüre der Klassiker und der fremdsprachliche Unterricht beseitigt und der Zeichenunterricht beschränkt werden. Aus vielen Lehrerseminaren ist der Unterricht im Französischen thatsächlich bereits verschwunden. Die Oppelner Regierung ordnete kürzlich, jedenfalls im Einverständnis mit dem Minister, die Vermehrung der Religionsstunden unter Einschränkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an. In den Mittelschulen ist der Religionsunterricht verstärkt, dagegen der Zeichenunterricht vermindert worden. Der Minister wird auf diesem Wege sich zweifellos den Beifall der „Kreuzztg." erwerben. Die preußische Schule kommt dadurch aber immer mehr von den Bahnen ab, die ihr das moderne Leben mit seinen Ansprüchen vorschreibt, und steuert auch ohne reaktionäres Schulgesetz den Zielen zu, die mit der lex Zedlitz erreicht werden sollten.

— Vom nationalliberalen Parteitage. Die „Nationalliberale Korresp." schreibt: „Die Vorbereitung zum Allgemeinen Delegiertentag der nationalliberalen Partei, welcher am 3., 4. und 5. Oktober in Berlin stattfindet, ist mit dem gestrigen Tage insofern zu einem Abschluß gediehen, als die für die Einrichtung von Anträgen gesetzte Frist abgelaufen ist. Dem „Ausschuß zur Vorbereitung des Delegiertentages" liegen nunmehr folgende Anträge vor: 1. und 2. Anträge Marburg (Lahn), betr. Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung und Reichstagswahlrecht, 3. Antrag Dortmund, betr. Stellung zu wirtschaftlichen Fragen, Organisation der Partei, Preßorgan derselben, 4. Antrag Hannover, betr. Stellung der Partei gegenüber der Regierung wie zu den anderen Parteien, Stellung zu wirtschaftlichen Fragen, Finanzwirtschaft, Vereinsrecht, Militärgerichtsbarkeit, 5. Antrag Alzey, betr. Steuersysteme in den Einzelstaaten, Reichsfinanzreform, Kunstweinfabrikation, Erwerbsverhältnisse des Bauernstandes, 6. Antrag Breslau, betr. Empfehlung an die Parteigenossen, ev. außerhalb des Parteiverbandes das Zustandekommen eines Nationaldenkmals für Moltke nach allen Kräften zu fördern".

Daß auf ihrem wahrscheinlich letzten Parteitage die Nationalliberalen über ein Denkmal für den konservativen Moltke beraten, entspricht ihrer ganzen bisherigen Wirksamkeit: sie haben stets unter dem Deckmantel des Patriotismus die Geschäfte der Konservativen besorgt.

Gießen, 1. Sept. Die Wahlbewegung in unserem Kreise kommt allmählich in Fluß. Unser Kandidat, Genosse Scheidemann, hielt am Sonntag die ersten Wahlversammlungen auf dem Lande ab. Auch die deutsch-sozialen Reformer, die mit

dem Bund der Landwirte zusammen gehen, haben mit der Agitation begonnen. Völlige Ruhe herrscht noch bei den Freisinnigen und den Nationalliberalen. Es scheint den beiden Parteien sehr schwer zu fallen, „geeignete“ Kandidaten zu finden. Von ortsanwesenden Größen scheint keine anbeißen zu wollen. Als Kandidat der Freisinnigen wird neuerdings Prof. Stengel in Greifswald (früher in Marburg) genannt. Stengel ist ein strammer Richterianer und grimmer Feind des Antisemitismus. Er forderte bekanntlich als freisinniger Kandidat in Eschwege-Schmalkalden seine Parteigenossen auf, in der Stichwahl (zwischen Genossen Huhn und Pfarrer Iskraut) für den Sozialdemokraten zu stimmen. Für einen Freisinnigen immerhin eine tapfere That. — Die Nationalliberalen sollen in der Person des hiesigen Bahnhofsrestaurateurs Kirch einen Mann gefunden haben, der sich für seine Partei opfern will. Die Bemühungen der beiden liberalen Parteien, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, scheinen gescheitert zu sein. Der frühere Abgeordnete des Kreises, Dr. Gutfleisch, den man als einen beiden Parteien genehmen Mann aufstellen wollte, hat die Annahme einer Kandidatur abgelehnt.

Königsberg, 1. September. Der Boykott über den Börsengarten ist außer von der Regierung und dem Militär nunmehr auch von der Schuljugend verhängt worden. Somit wäre das Kleeblatt vollzählig. Die Primaner eines hiesigen sehr „feudalen“ Gymnasiums haben nämlich ebenfalls auf den unglücklichen Börsengarten den Bannstrahl geschleudert. Wenn das Duell nicht so roh wäre, kindisch genug ist es, um an die Schuljungen verwiesen zu werden!

Aus dem Auslande.

England. Vor einigen Tagen wurde der englische Gewerkschaftsführer Ben Tillet, als er nach Antwerpen gekommen war, um die dortigen Dockarbeiter zu organisieren, auf Befehl der belgischen Regierung verhaftet und ausgewiesen. Dies scheinen sich aber die Engländer nicht gefallen lassen zu wollen. Wie aus London geschrieben wird, nimmt der Zwischenfall Ben Tillet große Ausdehnung an. Gestern Abend beschloß der Zentralausschuß des internationalen Dockarbeiterverbandes, bei Lord Salisbury Schritte zu unternehmen, um gegen die Ausweisung der Trade-Unionisten und die Verhaftung Ben Tillets in Antwerpen zu protestieren. Außerdem wurde beschlossen, alle Trade-Unionisten Englands aufzufordern, auf dem Petitionswege bei der englischen Regierung über die besagten Zwischenfälle Klage zu führen.

Der Observer und der Speaker erklären, die belgische Regierung habe das Recht, einem Engländer zu verbieten, öffentliche Meetings in Antwerpen abzuhalten, aber sie überschreite ihr Recht, wenn sie einen englischen Bürger, wie Ben Tillet, als gemeinen Verbrecher behandle. Es sei schon genug, daß der Mörder Stokes' unbestraft geblieben sei. Die Pall Mall Gazette bringt einen Artikel ähnlichen Inhalts.

Rußland. Die „Bildung und Besitz“ repräsentierenden Klassen Rußlands befinden sich in einiger Erregung. Der Grund ist aus folgender Mitteilung bürgerlicher Blätter zu ersehen:

„Bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Rußland hatte man für die gebildeten Klassen der Bevölkerung umfassende Erleichterungen angeordnet. Man war dabei nicht nur der Erwägung gefolgt, daß höhere Bildung die Aneignung der dienstlichen Obliegenheiten in kürzerer Zeit ermöglicht, sondern hatte mit Recht auch Bedenken getragen, die spärlichen Kreise der Gebildeten länger ihrem eigentlichen Berufe zu entziehen, als die unumgängliche Notwendigkeit erheischt. Es hat daher nicht nur in der Presse und im Publikum, sondern, nach glaubhaften Mitteilungen, bis in die höheren Regierungskreise hinein Aufsehen erregt, daß nunmehr eine Kürzung der Vorrechte für die höhere Bildung bei Ableistung der Dienstpflicht in Aussicht genommen ist. So soll ein Aufschub der Dienstableistung nur für Gymnasiasten bewilligt, und der junge Mann soll künftig nach seinem Abgang vom Gymnasium sofort zum Militärdienst herangezogen werden. Während früher zwei Klassen bevorrechteter Freiwilliger bestanden, soll jetzt nur die minder bevorrechtete Klasse aufrecht erhalten bleiben. Endlich sollen auch die Erleichterungen, welche bisher den Volksschullehrern gewährt waren, erheblich gekürzt werden. Es steht noch dahin, ob die gekennzeichnete Verschärfung des Militärdienstes zur Durchführung gelangen wird. Denn zu den Gegnern der Verschärfung gehört neben dem h. Synod auch der Finanzminister; und zwar Letzterer nicht aus Gründen geldlicher Art, sondern, russischen Blättern zufolge, aus Besorgnis, der allgemeinen Bildung zu schaden. In der That reden die im Finanzministerium zusammengestellten Zahlen eine deutliche und für Rußland beschämende Sprache. Ein Abiturient kommt auf 40 000 Einwohner männlichen Geschlechts, und von den im Jahre 1895 eingestellten Rekruten können 84 Prozent weder lesen noch schreiben.“

Und diesem schlimmen Uebelstande glaubt man mit der in Rede stehenden Bevorrechtung der gebildeten Klassen Abbruch thun zu können? In der Hauptsache ist doch wohl die Anmaßung dieser Klassen maßgebend für Durchbrechung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht.

Amerika. In amerikanischen Blättern findet man eine interessante Schätzung des Reichstumes von mehr als 20 der hervorragendsten Silberbergwerksbesitzer, die sich direkt oder indirekt an der Aufstellung der Freiprägeplattform von Chicago beteiligt haben. Für diese Silberbarone, die ein Vermögen von rund 547 Millionen Dollar (1 Dollar = 4 Mark) repräsentieren, bedeutet eine freie Prägung à la Bryan Millionen. Man bewertet den jährlichen Gewinn, der ihnen aus einer Rehabilitierung des Silbers auf der Basis einer Relation von 16 : 1 erwachsen würde, auf 50 bis 75 Millionen Dollar.

Nichtsdestoweniger wird aus Newyork gemeldet, daß die Wahlkassen Bryans leer seien. Man könnte daraus beinahe schließen, daß die Silberbarone, die gute Rechner sind, die Aussichten Bryans nicht hoch genug veranschlagen, um tief in ihre Taschen zu greifen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 3. September.

-ck. — **Zimmererverband.** In der am Sonntag stattgefundenen Versammlung sprach Genosse Schreck über „Wie erhalten wir die im Jahre 1895 gemachten Errungenschaften“. Anlaß zu diesem Thema gaben die in letzter Zeit vorgekommenen Lohnkürzungen. Der Meister Strohbach hatte nicht nur einem Gesellen 20 Pfg. pro Stunde geboten, sondern auch wirklich ausbezahlt. Auf Vorstellung der Lohnkommission zahlte Strohbach dann weitere 15 Pfg. pro Stunde — der Minimallohn beträgt 35 Pfg. — mit dem Bemerken dem Gesellen nach: „Sie haben es zwar nicht verdient, aber ich will es Ihnen schenken“. (Welche Freigebigkeit!) Jetzt hat nun Strohbach schon wieder einem Zimmerer nur 34 Pfg. geboten, trotz seines Versprechens, den Minimalsatz zu zahlen. Redner behandelte ausführlich diese Fälle, darauf hinweisend, daß nur durch die Vereinigung es möglich sei, den Meistern auf die Finger zu klopfen, wenn dieselben ihr gegebenes Wort brechen wollen. Die Lohnkommission sprach den Wunsch aus, ihr die etwa vorkommenden Fälle gleicher Art zu melden. Den Verband als solchen müßten die Unternehmer doch genügend beachten, andernfalls seien aber die schärfsten Mittel anzuwenden.

— **Konservative Unanständigkeit.** In unanständigster Weise drückt sich wieder einmal die „Neue Westf. Volks Ztg.“ aus, indem sie schreibt:

(Das Haupt der Revolte) in der Redaktion des „Vorwärts“ ist ein aus Oesterreich importierter jüdischer Mann, Dr. Adolf Braun.

Fürwahr, besser als jüdischer Mann aus Oesterreich in die „Vorwärts“-Redaktion importiert, wie als christlicher Freiherr aus der Kreuzzeitungs-Redaktion nach dem Zuchthaus exportiert werden.

— **Feuer** brach heute Vormittag um 10 Uhr auf bisher unaufgeklärte Weise auf dem Boden des Hauses Kreuzstraße Nr. 47 aus. Dem energischen Eingreifen der sofort herbeigeeilten Feuerwehr gelang es, dasselbe binnen einer Viertelstunde zu löschen.

Minden, 1. August. Seit Sonntag von der Truppe verschwunden ist der der 6. Kompanie des 15. Inf.-Regts. angehörenden Einjährig-Freiwillige Schumann, geb. in Witten, Sohn eines dortigen Fabrikdirektors, und seines Zeichens Kaufmann. Schumann, der in der letzten Zeit wegen Zapfenstreichens in der Kaserne schlafen mußte, hatte sich von einem Kameraden Zivilzeug verschafft und sich dann entfernt. — Kommt der Ausreißer innerhalb 7 Tagen zurück, so wird seine zeitweilige Entfernung nicht als schweres Delikt angesehen und er kommt mit einer gelinden Strafe weg. Es wird angenommen, da er vor seinem Diensteintritt viel im Auslande gereist hat, daß er auch dahin entwichen ist.

Lemgo, 1. Sept. Plötzlicher Tod. Den Arbeiter Heinrich Holtemeier, hier allgemein unter dem Namen „Pollmann“ bekannt, hat heute Nachmittag ein schneller Tod ereilt. Vor einigen Tagen aus der Strafanstalt in Detmold zurückgekehrt, nahm er in den städtischen Steinbrüchen auf dem Biesterberge Arbeit an. Heute Nachmittag, bei Beginn des über unsere Gegend ziehenden Gewitters, suchte Holtemeier unter einem in der Nähe der Steinbrüche stehenden Busche Schutz gegen den Regen. Als nach dem Gewitter Holtemeier nicht wieder auf der Arbeitsstätte erschien, suchten seine Mitarbeiter ihn auf in der Annahme, er sei vielleicht eingeschlafen. Sie fanden ihn unter dem Busche auf dem Gesicht liegend, tot vor. Was den schnellen und plötzlichen Tod dieses nicht mehr jungen und ein sehr bewegtes Leben hinter sich habenden Holtemeier herbeigeführt hat, ist bis jetzt nicht bekannt.

Stolzenau, 1. September. Am Sonnabend Abend wurde bei der Lohnzahlung der Schlosser Dahmen, welcher beim hiesigen Brückenbau beschäftigt war, vermißt. Nachfragen und Suchen blieben erfolglos. Der Rock des Genannten hing an einem Schuppen. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß Dahmen, welcher am Gerüst arbeitete, in einem Augenblick, in dem er nicht beobachtet wurde, in den stark angeschwollenen Strom gestürzt und ertrunken ist. Die Leiche war am Sonntag noch nicht aufgefunden.

Essen, 2. September. Die Firma Fried. Krupp hat mit der Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Germania“ in Berlin einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen der Betrieb dieses Werkes auf die Firma Krupp übergeht. Letztere verbürgt den Aktionären eine Rente von 4½ Prozent auf die Zeit vom 1. Oktober 1895 an, und behält sich vor, die Aktien der „Germania“ jederzeit zu einem Preise von 115 Prozent einzulösen. Bei dem Erwerb der Schiffsbaugesellschaft „Germania“ handelt es sich, wie dies bereits in dem Namen der Gesellschaft ausgedrückt ist, um die Erweiterung der Kruppschen Betriebe im Bereiche des Schiffsbaues. Die Aussicht Krupps, eventuell von China Bestellungen auf Schiffe zu erhalten, mag einen besonderen Anstoß zu der Vereinigung mit der „Germania“ gegeben haben. Die Aktionäre werden zu der Vereinbarung voraussichtlich ihre Zustimmung geben.

Hagen, 30. Aug. Nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Euler aus Bensberg wurde in einer Versammlung hiesiger Handwerker folgende Resolution angenommen: „Die heutige Handwerkerversammlung zu Hagen erblickt in der jüngst veröffentlichten Vorlage bezüglich der Organisation des Handwerks und Regelung des Lehrlingswesens einen wesentlichen Fortschritt und bedauert nur, daß der Befähigungsnachweis darin nicht enthalten ist.“

Aufruf
an die Parteigenossen des Kreises Herford-Halle.

Am Sonntag, 6. September, findet die diesjährige Kreis-Konferenz in Bünde, im Lokale des Wirts Nübel, Anfang Nachmittags 3 Uhr, statt, mit der vorläufigen Tagesordnung:

1. Rechnungslegung des Kreis-Vertrauensmannes und Neuwahl desselben.
2. Agitation und Organisation.
3. Stellungnahme zum sozialdemokratischen Parteitage in Gotha.
4. Sonstige Anträge.
5. Verschiedenes.

Parteigenossen! Es ist nun an der Zeit, dafür zu sorgen, daß jeder Ort, wo auch nur ein paar Genossen sind, auf der Konferenz vertreten ist, damit wir in allen Ortschaften einen Anhaltpunkt haben, um so gemeinschaftlich die Agitation betreiben zu können; nur dann ist es uns möglich, die nötige Aufklärung hineinzutragen, durch die allein wir sie zur Sozialdemokratie herüberziehen können. Sollten die Genossen der einzelnen Orte noch Punkte mit auf die Tagesordnung haben wollen, so bitte dieselben schriftlich auf der Konferenz vorzulegen. Also Genossen, sorgt dafür, daß keine Ortschaft auf der Konferenz unvertreten bleibt!

Mit sozialdemokratischem Gruß

W. Klingenhagen, Kreis-Vertrauensmann.

Gewerkschaftsbewegung.

Stuttgart, 1. September. Zum Buchbinderstreik. Von der Firma Laufer u. Frank wurden die Forderungen der Arbeiter (Neunstundentag und 17 Mark Minimallohn) gestern bewilligt. Die Arbeiter traten heute an, aber der Chef erklärte, er müsse die Bewilligungen wieder zurücknehmen aus Rücksicht auf seine Geschäftskollegen. Womit sie ihm gedroht haben, ist uns nicht bekannt. Die Arbeit wurde also nicht wieder aufgenommen und haben wir hier ein flagrantes Beispiel von Unternehmer-Engherzigkeit vor uns, die nicht einmal duldet, daß ein Geschäftskollege den Arbeitern entgegenkommt. Der Chef der Firma Laufer u. Frank sprach übrigens die Hoffnung aus, daß man die Arbeit bald werde wieder aufnehmen können.

Kirche und Schule.

„Die Kirche hat einen guten Magen . . .“ Aus dem elsässischen Ort Dornach wird der Mannheimer „Volksst.“ geschrieben: Bekanntlich geht hier jahraus jahrein der Bettelsack umher zum Bau einer neuen Kirche. In der Art und Weise, wie die Gelder aufgetrieben werden, ist man hierorts nicht sehr wählerisch, was nachfolgende, durch einen glücklichen Zufall in unsere Hände gelangten Schriftstücke beweisen. Im November 1893 erschien auf dem hiesigen Bürgermeisteramt der Vikar Frey mit einem Stempelbogen, der mit einer Unterschrift versehen war. Weiter war auf dem ganzen Bogen nichts geschrieben. Vikar Frey verlangte nun, daß die Unterschrift auf dem Stempelbogen beglaubigt werde. Die Beglaubigung wurde verweigert mit dem Hinweis, daß dem Bürgermeisteramte nicht die Befugnis zustehe, eine Unterschrift zu beglaubigen, wenn das, was unterschrieben werden soll, nicht auf dem Stempelbogen vermerkt ist. Herr Frei nahm den Stempelbogen wieder mit, um am nächsten Tage wieder mit demselben zu erscheinen. Das Schriftstück lautete: „Dornach, den 4. November 1893. Ich unterzeichnete Maria Anna Müller, wohnhaft zu Dornach, bescheinige hiermit, daß ich meine Renten Lit. A Nr. 2013 und 2527 über je Mark 15 jährlich der Kirchenfabrik zu Dornach derart übertragen habe, daß sie jetzt Eigentum der Kirchenfabrik sind. Ich stelle deshalb hiermit den Antrag auf Löschung der Rente auf den Namen und Umschreibung derselben auf den Namen der Kirchenfabrik zu Dornach im Landesschuldbuch. Die Renteneinschreibungsauszüge füge ich hier bei. Die neuen Rentenauszüge über Mark 30 Jahresrente sind an den Träger dieser Schrift abzugeben. In Zukunft wünscht die Kirchenfabrik die Renten bei der Steuerkasse in Dornach empfangen zu können. (gez.) Marie Anna Müller.“ — Wer ist diese Marie Anna Müller? so wird sich mancher Leser fragen. Eine arme, alte Frau, die ihren Lebensunterhalt mit Waschen verdienen muß. Die Frau hat noch eine Tochter. Wie die Frau dazu bewogen wurde, ihre Renten der Kirchenfabrik zu schenken, kann sich wohl jeder selbst ausmalen.

Wissenschaft und Technik.

Die X-Strahlen und die Haut. Ueber den Einfluß von X-Strahlen auf die Haut berichtet Herr Paul Fuchs (Charlottenburg) in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift: Mit der Prüfung der von verschiedenen Orten herstammenden Röhren zur Erzeugung von X Strahlen, sowie dabei sich anschließenden Untersuchungen beschäftigt, kann ich von einer durchgreifenden und merkwürdigen Strukturveränderung der den X-Strahlen ausgesetzten Hautstellen berichten, welche insofern interessant ist, als die Reaktion der Strahlen erst nach längerer Zeit, dann aber in intensivster Weise sich bemerkbar machte. Der zu den Versuchen benutzte Induktionsstrom betrug dem Funken nach gemessen 16 cm Länge; in der primären Leitung war eine Intensität von 20 Ampère und eine Spannung von 12 Volt vorhanden. Vermittelst dieser Versuchsbedingungen wurden in dem betreffenden Rohre sehr viele X-Strahlen frei. Als Versuchsobjekt diente die linke Hand, deren Haut gegen gewisse, z. B. chemische Reaktionen, sich ziemlich indifferent verhält und im normalen Zustande war. Die Innenfläche der Hand war dem Fluorescenzschirm zugewandt. Nach einer in Intervallen stattfindenden Bestrahlung von etwa einer halben Stunde wurde ein stechender Schmerz, namentlich in den Fingergelenken, bemerkbar, der späterhin unerträglich wurde, so daß das Versuchsobjekt aus dem Strahlenfelde genommen werden mußte. Folgende Veränderungen waren nun bemerkbar: 1. Die Haut war, namentlich an den der Kathode direkt gegenüber befindlichen Stellen, ganz braun gefärbt. 2. Die Hand war stark geschwollen und in der Haut befanden sich große Falten, namentlich bei den Gelenken des ersten und zweiten Fingerknochens, in deren Nähe auch ein bläulicher Farbenton zu bemerken war. 3. Wurde die Haut z. B. zwischen zwei Fingern gefaßt und gespreizt, so sprang dieselbe mit Leichtigkeit auf; der Querschnitt der abgesprengten Haut war beträchtlich. 4. Eine nähere Untersuchung mit der Lupe ergab, daß die gesamte, von den Strahlen getroffene Hautfläche mit feinen Rissen versehen ist; überhaupt hatte das Aussehen viel Verwandtes mit dem eines erfrorenen Gliedes. 5. Nach Verlauf einer Viertelstunde wurden an diversen Stellen Blasen, und zwar einige von recht beträchtlichen Dimensionen, sichtbar; das eingeschlossene Secret wird voraussichtlich analog dem durch Verbrennungen 2c. hervorgebrachten zusammengesetzt sein. Aus alledem ist ersichtlich, wie intensiv die Reaktion auf die bestrahlten Körperteile ist; allerdings war die Zeitdauer der Einwirkung eine große und die Menge der X Strahlen außerordentlich. Sollte sich nicht durch Einschaltung irgend eines Mittels dieser bei normalen Verhältnissen verderbliche Einfluß ohne Beeinträchtigung der Güte des erzeugten Bildes 2c. vermeiden lassen?

Vermischtes.

Elberfeld, 31. Aug. Daß ein Kind ohne Augen zur Welt kommt — dieser seltene Fall von Mißbildung ist hier in den letzten Tagen vorgekommen. Einem hiesigen Privatsekretär wurde ein Mädchen (das 12. Kind) geboren, bei dem zwar die Augenhöhlen vorhanden sind, die Augen aber vollständig fehlen. Ein hinzugezogener Augenarzt erklärte, daß ihm ein

ähnlicher Fall in seiner langjährigen Praxis noch nicht vorgekommen und seines Wissens auch in der ärztlichen Wissenschaft bisher noch nicht beobachtet sei.

Halle a. S., 31. August. Eine entsetzliche Bluttat ist am Samstag in dem Mansfeldischen Bergmannsorte Helbra begangen worden. Der italienische Bergarbeiter Nobella ermordete seine Ehefrau. Der Unmensch überfiel die Frau früh im Bett und schnitt ihr mit dem Taschenmesser die Kehle durch. Wahrscheinlich hat er die That im Zustande geistiger Störung verübt; es sind schon wiederholt Spuren geistiger Erkrankung an ihm bemerkt worden. Erst auf dem Transport zum Krankenhause verschied die unglückliche Frau. Der Mörder stellte sich selbst dem Gericht und wurde nach Eisleben in Haft gebracht.

Brandenburg a. H., 30. Aug. Unter den Mannschaften des hiesigen Füsilier-Regiments Prinz Heinrich von Preußen Nr. 35 ist der „Kreuzzeitung" zufolge der Typhus, der hier überhaupt herrscht, ausgebrochen. Todesfälle sind bis jetzt noch nicht vorgekommen, doch sind bei einem Bataillon schon vierzig Mann erkrankt. Der Generalarzt des 3. Armeekorps, Dr. Opitz, giebt allein dem Wasser der Havel die Schuld.

Auf der Rückkehr von einem Radfahrerfest in Speier wurde der Zeugfeldwebel Neumann aus Germersheim in der Nacht zum Montag mit seinem Rad von einem Bierwagen überfahren und getötet.

Ein ergötzlicher Spaß begegnete in Straßburg i. E. einem von einer kurzen Reise zurückkehrenden Herrn. Während er auf dem Bahnhofe das zum Abholen seiner Reiseeffekten bestellte Dienstmädchen suchte, kam auf einmal im tollsten Lauf sein getreuer Hund, gleichsam als ob er melden wollte, daß das Mädchen gleich nachfolgen werde. Nachdem er unter großen Freudenbezeugungen mehrere Male an seinem Herrn hinaufgesprungen war, erfaßte er plötzlich, um sich nützlich zu machen, dessen neben dem Reisekoffer stehenden Regenschirm, den er früher oft getragen hatte, und hinaus ging es mit ihm in den strömenden Regen. Es half kein Bitten und kein Drohen; in immer größerem Bogen umkreiste er seinen Herrn, bis er am Ende in einer Seitenstraße mit dem Schirm verschwand. Sein Herr, welcher sich drei Tage beim schönsten Wetter mit dem Schirm unnötig beschwert hatte, mußte nun im stärksten Regen nach Hause gehen, wo ihm sein treuer Hund, vor der Thür wartend, den Schirm übergab.

Ein Eldorado für das weibliche Geschlecht soll Sibirien sein, namentlich in seinen östlichen Provinzen, wo es so arm an Frauen ist, daß die wenigen vorhandenen mehr als irgendwo anders umworben sind. In vielen Gegenden ist dort die Polyandrie eine ziemlich häufige Erscheinung, an der in unteren Volksschichten gar kein Anstoß genommen wird. Sehr charakteristisch ist nachstehende Erzählung des sibirischen Blattes „Wladiwostok": „Jedesmal, wenn von der Amur-Mündung ein Dampfer mit ausgedienten Soldaten, die in die Reserve treten, in das europäische Rußland abgefertigt wird, wiederholt sich eine im fernen Osten ganz üblich gewordene Erscheinung; es verschwinden nämlich einige Tage vor Abgang des Dampfers viele Frauen der ausgedienten Soldaten, die mit ihnen nach Wladiwostok kamen, und sind nirgends zu finden. Die armen Männer suchen ihre ungetreuen Gattinnen vergebens, bis das letzte Glockensignal ertönt und der Dampfer sie für immer in die Heimat entführt; die Frauen ziehen es aber vor, in Sibirien zu bleiben und kommen gleich nach Abgang des Dampfers ganz vergnügt aus ihren Verstecken heraus. Als der Dampfer der Freiwilligen Flotte „Orel" in diesem Jahre seine letzte Fahrt aus Wladiwostok nach Odessa machte, erging es einer ganzen Reihe von verheirateten Soldaten wieder so: elf Frauen gingen ihren Männern im letzten Augenblick durch und waren nirgends aufzufinden."

Der Radsport und die Tabakindustrie. Der Amerikaner ist ein Mann der Zahlen, jedes Ereignis liefert ihm eine neue statistische Tabelle. So haben unsere Freunde drüben bereits ausgerechnet, daß jeder Radler täglich zwei Zigarren weniger raucht, weil er während des Fahrens und gleich nachher oder vorher seine Brust nicht doppelt anstrengen kann. 500 000 Radfahrer giebt es in Nordamerika, sodaß täglich 1 Million Zigarren, in einem Jahre 365 Millionen weniger geraucht werden. Es soll nach dem Tabak-Journal diese Rechnung einigermaßen zutreffen, indessen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, da sich die amerikanische Zigarrenproduktion sogar um 700 Millionen Stück jährlich verringerte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Oeffentliche Versammlung

der Klempner und Kupferschmiede sowie verwandter Berufsgenossen

am Sonnabend, den 5. September, abends 8½ Uhr,

im Lokale des Herrn **Tuxhorn,** Turnerstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Slomke. 2. Wie stellen sich die Klempner zu einer Lohnbewegung im nächsten Jahre. 3. Wahl eines Vertreters zum Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig. Die Meister sind besonders dazu eingeladen. [2120

Der Einberufer.

Total-Ausverkauf

wegen Geschäftsverlegung zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Herm. Bohle, Schuhlager,
Bürgerweg 16, gegenüber d. Kloster.

1748]

NB. Ein schöner Tresen, 2,75 lang, billig abzugeben.

Soeben ist erschienen und vorrätig in der **Buchhandlung „Volkswacht",** Schulstraße 20:

Die Gewerkschaften

und die

Sozialdemokratie.

Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung.

Von **Parvus.**

Preis 40 Pfennig.

Die kleine Broschüre ist eine ernste Mahnung an die Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Aus der Lage des Weltmarkts, hervorgerufen durch die russische Hungersnot, den chinesisch-japanischen Krieg, die amerikanische Krise und die enorme Steigerung der Goldproduktion, begründet der Verfasser eine aufsteigende Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus, welche mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion in Europa enden wird. Dieser gewaltigen Entwickelung des Kapitals gegenüber müssen die Arbeiter sich vorsehen und vor allem bei Zeiten durch Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation sich auf den gewerkschaftlichen Kampf vorbereiten.

So viel wissenschaftliches Material das Buch enthält, so leicht verständlich ist es geschrieben.

Buchhandlung „Volkswacht".

Hochzeits-Einladungen

liefert schnell, sauber und billig

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Vereins-Nachrichten.

Sektion der Schleifer. Freitag, den 4. d. M., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Centralhalle.

Holzarbeiter-Verband Sonnabend, den 5. ds. Mts., abends 8½ Uhr, Versammlung in der Zentralhalle.

Maurer-Verband Sonntag, den 6. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Lokale des Hrn. Fohrmann, Mitgliederversammlung.

Verband der Fabrik- 2c. Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen Sonntag, den 6. d. M., vormitt. 10 Uhr Versammlung bei Wüstefeld, Bürgerweg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Sonntag, den 6. d. Mts., vormittags 10 Uhr, Versammlung bei Kahl am Kesselbrink.

Avis-
Einladungs-
Eintritts-
Fest-
Geschäfts-
Gratulations-
Kondolenz-
Menu-
Speise-
Visiten-
} **Karten**

liefert in sauberster Ausführung schnell und billig

Buchdruckerei „Volkswacht".

Neu! Celluloid- **Neu!**

Portraits

von

Bebel, Liebknecht, Lassalle

in geschmackvoller Ausführung sind zum Preise von

10 Pfennig à Stück

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht.

Sozialdemokratische Partei

für Bielefeld und Umgegend.

Sonntag, den 6. September, nachmittags 4 Uhr anfangend:

Lassalle-Feier

in der **Central-Halle**

bestehend in

Konzert, Festrede, Kinderbelustigungen

und

Theater.

Zur Aufführung gelangt:

Familie Barren.

Schauspiel in fünf Akten von Fr. Wilh. Gerling.

Eintrittspreis à Person 25 Pfennig.

Karten sind im Vorverkauf bei den Genossen Fr. Bunte, Heeperstraße, C. Schreck, Ulmenstraße, G. Slomke, Webereistraße, und bei den bekannten Vertrauenspersonen zu haben.

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein

2125 **Das Fest-Komitee.**

Unsern lieben Eltern
zur [2133*
Silbernen Hochzeit
die
herzlichsten Glückwünsche
von ihren dankbaren Kindern
Herm. Stuphorn u. Frau nebst Geschwister.
Niederlahnstein, Bielefeld, den 3. September 1896.

Unserm Freunde
Franz Stuphorn nebst Frau
zu seiner heutigen
Silbernen Hochzeit
die [2138*
herzlichsten Glückwünsche.
Die Ortsverwaltung des D. M.-V., Zahlst. Bielefeld.

Sektion der Schleifer des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Freitag, den 4. September, abends 7 Uhr:

Mitgliederversammlung

im Lokale des Herrn **Israel,** Centralhalle am Kesselbrink.

Tagesordnung im Lokal. [2138*

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher 2136
Metallarbeiter-Verband
Zahlstelle Bielefeld.

Sonntag, den 6. September, morgens 10 Uhr:

Mitgldr.-Versammlung

im Lokale des Herrn **R. Kahl.**

Tagesordnung: 1. Aufnahme und Zahlung der Beiträge. 2. Die Arbeiter-Ausschüsse in den hiesigen Fabriken, wie sie sind und wie sie sein sollen. 3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Neu eingetroffen:

Haus-Kleiderstoffe

das Meter zu **30, 38, 48, 60, 85, 115, 135** und **145 Pfg.**

uni Kleiderstoffe

in **Damentuchen, Cheviot, Crêpe u. Mohair,**
das Meter zu **60, 65, 80, 100, 110, 130 Pfg. u. höher.**

Schwarze Kleiderstoffe

in **Cheviot, Crêpe, Cachemir u. Mohair**
zu den billigsten Preisen. 2134

Heinr. Hirz,

Obernstraße 35. Bielefeld. Gegenüber der **kathol. Kirche.**

Kinder-Ausstattungen

als [1747



Hemdchen, Jäckchen, Wickelbänder, Wickeltücher, Kindertücher, Taufkleidchen, Wollene, Kattun- und Barchend-Kleidchen, Tragröcke, Steckkissen, Taufhäubchen und **Hütchen, Lätzchen, Taillenbändchen, Korsettchen, Kinderschürzen. Wasserdichte Betteinlagen, Gesundheits-Korsetts, Wagendecken. Zahnhalsketten** 2c. äußerst billig im

Baby-Bazar
Herm. Sauerland,
15 Gehrenberg 15.

Ein schulfreier Laufbursche

für ganze Tage gesucht. [2135*

Bahnhofstr. 34.